

Einleitung

WERNER RIESS

Am 06. und 07. Juni 2019 fand an der Universität Hamburg das Colloquium Atticum V mit dem Titel *Athen im 4. Jahrhundert v. Chr. (Dys-)Funktionen einer Demokratie* statt. Die Veranstaltung war somit die Fortsetzung des Colloquium Atticum IV (2016), dessen Akten 2021 publiziert wurden.¹ Hatte sich das Colloquium Atticum IV mit dem 5. Jahrhundert beschäftigt, widmete sich die Veranstaltung 2019 dem 4. Jahrhundert, aber nicht nur, um chronologisch an die Überlegungen von 2016 anzuschließen, sondern um die vollendete Ausprägung der attischen Demokratie, die im 4. Jahrhundert erfolgte, unter der spezifischen Fragestellung in den Blick zu nehmen, wie funktional (oder dysfunktional) diese Demokratie auf Krisen reagierte. Traditionell wird im Rahmen der Colloquia nach Phänomenologien, die organisch auseinander hervorgehen, gefragt. Die Reihenfolge der Vorträge ist also nicht chronologisch oder nach Quellengattungen geordnet. Die hier vorliegenden Beiträge schließen sich lose an Inhalte des Colloquium Atticum IV an. Eine wichtige thematische Achse der Veranstaltung von 2016 stellten der Delisch-Attische Seebund und seine Herrschaftsbasis, die Flotte, dar. Es versteht sich von selbst, dass auch die Demokratie des 4. Jahrhunderts auf die Flotte angewiesen war, dass nur mit ihr die Gründung und Aufrechterhaltung eines zweiten Seebundes möglich war, so dass die Flotte und ihre Finanzierung, also die Behandlung ökonomischer Fragen auch bei der Veranstaltung 2019 den Auftakt bildeten.

2016 fragten wir uns, wie sich die alten Eliten im neuen demokratischen Umfeld behaupteten, wie sich auch ihr Repräsentationsverhalten änderte, wie sie ihren aus der Archaik überkommenen Machtanspruch und ihren informellen Einfluss aushandelten. An diese Thematik knüpften wir 2019 mit drei Vorträgen an, zu den Lobbygruppen innerhalb der athenischen Demokratie, zur *pheme*, also zur Rolle von Gerüchten bei der Zuschreibung von sozialen Werten und zur weiter voranschreitenden Demokratisierung von Ehrbezeugungen im Laufe des 4. Jahrhunderts.

Mehr als beim Colloquium Atticum IV standen anlässlich des Colloquium Atticum V jedoch systemische Fragen im Vordergrund, die sich eindringlicher mit der De-

1 Riess 2021.

mokratie selbst und ihrem erfolgreichen oder auch misslungenen Funktionieren beschäftigten. Diese Fragestellung wird von den Quellen selbst nahegelegt. Wie Mogens Hansen überzeugend dargelegt hat, stammen die meisten Quellen zur attischen Demokratie aus dem 4. und nicht etwa dem 5. Jahrhundert. Dies ermöglicht Fragestellungen, die uns auch heute direkt berühren. So oft legitimieren Althistoriker ihr Tun mit dem Hinweis darauf, dass die Griechen, respektive die Athener, die Demokratie erfunden hätten, in gewisser Hinsicht die Blaupause für die Regierungsform, unter der wir derzeit leben. Obgleich Althistoriker es besser wissen, wird dabei oft stillschweigend übergangen, dass sich die athenische direkte Demokratie in vielerlei Hinsicht erheblich von unserer parlamentarischen Repräsentativdemokratie unterscheidet. Fritz Gschnitzer hat diese grundsätzliche Alterität in einem berühmten Aufsatz deutlich gemacht.² Insbesondere entsprang die antike Demokratie dem Krieg sowie internen blutig ausgetragenen Auseinandersetzungen, wurde Demokratie auch als ein Mittel der Seeherrschaft verstanden, wir würden sagen, des Imperialismus, während zumindest in der heutigen Ideologie des Westens die Demokratie als Friedens- und Wohlstandbringer firmiert. Trotz aller Alteritäten drängt sich jedoch immer noch der historische Vergleich der unterschiedlichen Demokratieformen auf, betreiben wir doch Alte Geschichte nicht nur um des Gegenstands willen. Hätten die Athener uns nichts zu sagen, wären sie so radikal anders gewesen, dass sich nicht einmal ein *tertium comparationis* bei unserer Fragestellung finden ließe, würden wir uns wohl nicht mehr mit ihnen beschäftigen. Doch was könnte so ein *tertium comparationis* sein, dem nachzugehen der Mühe lohnt?

Blickt man in die ältere Fachliteratur zum 4. Jahrhundert v. Chr., muss man nicht lange suchen. Das 4. Jahrhundert wurde als ein Nachklapp zum 5. Jahrhundert betrachtet, der Zeit der Hochklassik, die nun vorbei war und in der Epigonen im nostalgischen Rückblick auf die Vorfahren zwar immer noch Hochleistungen vollbrachten, aber nicht mehr an die Gipfelleistungen des 5. Jahrhunderts anschließen konnten. Der Parthenon war gebaut, der unerreichte Thukydides war längst tot, einen zweiten Perikles gab es nicht, die drei großen Dramatiker schrieben nicht mehr, Aristophanes hatte längst gewirkt, seine geniale Alte Komödie mit ihrem beißenden Spott war nicht wiederholbar. Aus diesen Gründen und aus einer *ex-post* Sicht auf die Niederlage der Athener gegen Makedonien in der Schlacht von Chaironeia hat man allzu gerne und oft das 4. Jahrhundert als eine Zeit des Niedergangs, des Verfalls, ja der Krise verstanden.³

Breschen in dieses Bild wurden immer wieder geschlagen, erstmals durch den Sammelband von Walter Eder,⁴ der große Breitenwirkung entfaltete und seit dem sich die Forschungen zum 4. Jahrhundert sprunghaft vermehrt haben. Und vor kurzem hat in

2 Gschnitzer 1986.

3 Mossé 1979.

4 Eder 1995.

der deutschsprachigen Forschung ein ebenso wichtiger Sammelband Aufsehen erregt, nämlich der von Claudia Tiersch herausgegebene Band zum 4. Jahrhundert, der die Beiträge vieler namhafter internationaler Gelehrter versammelt.⁵ Claudia Tiersch hat sich in diesem Werk in wohlthuender Weise vom Krisenbegriff abgewandt und sich mit dem Konzept der „Modernität“ dem 4. Jahrhundert zu nähern versucht. Dieser Ansatz kann hier nicht ausgeführt werden, doch einige Grundthesen bilden den Ausgangspunkt für die Überlegungen, welche die zu diesem Band Beitragenden hier vorstellen. Im Sammelwerk von Tiersch wird „Modernität“ oft mit den Konzepten Rationalisierung, Bürokratisierung, Spezialisierung, Individualisierung sowie Ausdifferenzierung des politischen und sozialen Feldes umschrieben. Ich wage den Versuch, diese Konzepte mit dem alten Terminus „Krise“ zu verbinden, aber nicht unter der obsoleten Prämisse, Athen habe sich ständig im Krisenmodus befunden, sondern unter der fruchtbareren Fragestellung, wie Athen es mit diesen „modernen“ Konzepten, mit Modernitäten, es schaffte, Krisen zu meistern bzw., bescheidener, mit Krisen umzugehen. Denn Krisen gab es im 4. Jahrhundert unleugbar viele. Nun ist der Begriff der Krise an sich noch kein heuristisches Instrumentarium; alle Gesellschaften befinden sich zu allen Zeiten in Krisen. Mit diesem Terminus lassen sich erst einmal keine historischen Spezifika eruieren. Aber im historischen Vergleich gewinnt der Begriff doch an Schärfe. Er dient im vorliegenden Band als *tertium comparationis* und lässt einmal mehr die Beschäftigung mit der Antike nicht antiquarisch, sondern dringend geboten erscheinen. Athen war eine, wenn auch sehr anders gartete Demokratie, und die meisten westlichen Staaten verstehen sich demokratisch. Die Krisen Athens waren zwar ganz andere als unsere, aber in den Augen der Athener wohl nicht weniger fundamental. Die Krisen selbst lassen sich natürlich nicht vergleichen. Die Athener konnten Klimakrise, Migrationskrise, Währungs- und Krim-Krise, Corona-Krise u. a. nicht imaginieren, durchaus vergleichen lassen sich aber vielleicht bestimmte Modi des Umgangs mit Krisen und Bewältigungsstrategien. Hierbei sind Historiker besonders gefragt, da sie stets die Kulturspezifika in Anschlag bringen müssen, um zu sinnvollen Aussagen zu gelangen. Es interessiert uns also, inwieweit die athenische Demokratie mit ihren spezifischen „Modernitätskonzepten“ durchaus erfolgreiche Antworten auf die Herausforderungen der Zeit formulieren konnte. Denn immer wieder vermochten es die Athener mit ihren Strategien Krisen zu meistern. Die militärischen Niederlagen von Chaironeia und dann im Lamischen Krieg, welche die Demokratie schließlich beseitigten, waren kontingent und nicht auf marode innere Verhältnisse zurückzuführen.

Anknüpfend an das *Colloquium Atticum IV* wenden wir uns in einer ersten wirtschaftsgeschichtlichen Säule dem Finanzgebaren der Polis im Allgemeinen zu sowie der ökonomischen Bedeutung der Flotte im Besonderen mit ihren Trägern, den reichen Trierarchen. Auf Basis dieser Überlegungen zu den materiellen und sozialen

5 Tiersch 2016.

Grundlagen der Polis widmen sich anschließend drei Beiträge den sich verändernden Sozialstrukturen der Polis. (1) Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Individualisierung weiter um sich griff und soziales und politisches Feld weitgehend getrennt waren, ist die Frage, welchen politischen Einfluss die mächtigen Lobbygruppen der temporären funktionalen Eliten, wie ich sie nenne, im 4. Jahrhundert zu entfalten vermochten. (2) Von gewaltsamen Umsturzversuchen der Hetairien, der adeligen Clubs, hören wir im 4. Jahrhundert nichts mehr, aber die Angst vor Stasis, vor bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen war allgegenwärtig. Befeuert wurden solche Verschwörungstheorien durch eine Vielzahl von Gerüchten, die ständig im Umlauf waren und die sehr wohl den Meinungsbildungsprozess vieler Athener und schließlich auch die Entscheidungsfindungsverfahren im positiven wie negativen Sinne beeinflussten. (3) Wir bleiben im soziopolitischen Bereich, wenn nach den „Markern“ für Ehre im 4. Jahrhundert gefragt wird. Das Konzept der Ehre musste ab dem 5. Jahrhundert neu justiert werden. Ehre kam nun eben nicht mehr nur den Aristokraten zu, sondern allen, die sich um die Polis verdient machten und mithalfen, Krisen zu meistern. Auch die Ehre demokratisierte sich also in einem Jahrhundert, das zur vollen Ausprägung der Demokratie führte.

Ehrungen fanden bereits im politischen Feld der Polis statt, denn sie mussten von der Bürgerschaft beschlossen werden. Und da Politik und Recht untrennbar miteinander verbunden waren, ist auch in diesem Feld nach Neuerungen, also Modernitätskonzepten zu suchen, hier am Beispiel der Entwicklung der Rechtssetzung und -sprechung. Die sich anschließenden Beiträge befassen sich auf der Grundlage ausgewählter Autoren (Aristoteles, Isokrates, Menander) mit Phänomenen der attischen Demokratie, die paradigmatischen Charakter für ihr Verständnis aufweisen. Um die spezifische Problemlösungskompetenz der Athener zu verstehen, müssen Institutionen und Verfahren genauso behandelt werden wie der tiefsitzende Imperialismus dieser Polis und die philosophische Kritik an ihm und an der ihn tragenden Verfassungsform im Allgemeinen. Die Frage, wie Menander am Ende des Jahrhunderts unter den gänzlich veränderten kulturellen und politischen Rahmenbedingungen der makedonischen Oberhoheit „Demokratie“ noch in seinen Komödien verhandeln konnte, beschloss den Workshop.

Der Tradition der Colloquia entsprechend versuche ich in einem persönlichen Schlusswort (*Bilanz und persönliche Ausblicke*) die erzielten Befunde auf unsere Realität hin zu öffnen, d. h. mit Aktualitätsbezügen zu konfrontieren und damit fruchtbar zu machen, indem ich auf Basis der Beiträge das tertium comparationis zu schärfen versuche, d. h. den Umgang mit Krisen skizzenhaft interepochal vergleiche.

Dorothea Rohde eröffnete die Veranstaltung mit einem Blick auf die finanzpolitischen Entscheidungen und Strategien der Athener, die es der Polis ermöglichten, auch in Krisenzeiten ökonomisch stabil zu bleiben (*Krisen, Lösungen und ihre Konsequenzen. Ein finanzpolitischer Blick auf die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert*). Sowohl im Bereich der Religion als auch im Militärwesen nutzten die Athener die privaten

Ressourcen der reichsten Bürger in zunehmendem Maße in Form von Liturgien. So übernahmen Privatpersonen als Choregen mit den Ausstattungskosten der wettstrebenden Chöre in etwa die Hälfte der religiös indizierten Ausgaben der Polis. Nicht anders sah es bei der Flottenfinanzierung aus: Zwei Reformen (358/7 und 340) stellten diese auf eine neue Grundlage, so dass die 300 reichsten Athener die Finanzierung und Organisation der Flotte gewährleisteten. Dies bedeutet, dass in beiden wichtigen Lebensbereichen die Polis in erheblichem Maße auf die Zahlungsfähigkeit und v. a. -willigkeit ihrer wohlhabenden Eliten angewiesen war. Das System funktionierte nur, weil es auf Reziprozität gründete: Die Übernahme kostspieliger Liturgien brachte eine enorme Steigerung des Sozialprestiges und der allgemeinen Reputation mit sich, was sich in Form von öffentlichkeitswirksamen Monumenten und Ehrungen (z. B. Choregenweihgeschenke, Kranzverleihungen, Einladungen ins Prytaneion) und unter Umständen auch in einer Förderung der weiteren politischen Karriere niederschlug. Die Bewältigung finanzieller Krisen machte im 4. Jahrhundert eine Systematisierung dieser Liturgien notwendig. Ebenso machte man beim Vorsteher der neuen Theorika-Kasse Ausnahmen von demokratischen Grundsätzen: Weder wurde er durch das Los bestimmt noch unterlag er dem Prinzip der Kollegialität. Er konnte nach einer Amtszeit von vier Jahren wiedergewählt werden und auch mehrere Ämter bekleiden. Diese Anomalien wurden im Sinne eines Expertentums toleriert, ja der Erfolg dieses Amtes legitimierte seine Ausnahmestellung innerhalb des demokratischen Kosmos Athens. Die einfachen Bürger profitierten von den Finanzexperten: Ihre Teilnahme an Theateraufführungen wurde subventioniert, die Getreideversorgung war gesichert, zahlreiche demokratisch inspirierte Bauprojekte kurbelten die Wirtschaft an. Vor dem Hintergrund belastender, aber auch ruhmversprechender Liturgien, die normkonformes Verhalten indizierten, entwickelte sich also ein finanzpolitisches Expertentum, dessen Professionalität nur durch die Aufgabe einiger demokratischer Grundregeln möglich wurde. Der Erfolg, d. h. die Meisterung finanzieller Krisen, rechtfertigte jedoch diese punktuelle Suspendierung demokratischer Prinzipien und trug mit dazu bei, dass sich Athen bruchlos von einer Deliberations- zu einer Akzeptanzdemokratie entwickeln konnte.

Der Beitrag von Rohde zeigt auf, wie die Athener durch Nutzung privater Ressourcen für öffentliche Zwecke, mit der Ausbildung eines Expertentums sowie der Schaffung eines zentralen Amtes Antworten auf die Krisen ihrer Zeit zu formulieren wussten. Diesen Strang hin zur einer gewissen Oligarchisierung nimmt Vincent Gabrielsen in seinem Beitrag auf (*The Impact of the Navy on the Athenian Democracy and the Economy during the Fourth Century BC: Signs of Ailment or of Well-Being?*). Gabrielsen hinterfragt grundsätzlich die in der Forschungsliteratur oftmals postulierte enge Verbindung zwischen Flotte und Demokratie, eine Verbindung, die eher in ideologischen Grundvorstellungen als in der sozialen Realität verankert war. Drei entscheidende Entwicklungen prägten das Verhältnis der athenischen Bürger zur Flotte: Sie wurde Teil der institutionellen Gewaltausübung Athens. Der athenische Staat beanspruchte

gleichzeitig ein Gewaltmonopol, was alle Entscheidungen hinsichtlich der Flotte in die Volksversammlung und den Rat transferierte. Und schließlich führte Athen hauptsächlich mittels der Flotte ein hegemoniales Bündnis an. Zu diesen Entwicklungen kam hinzu, dass Athen sich spätestens bis 454 v. Chr. zu einem zentralisierten Steuerstaat entwickelt hatte. Da sich externe Einnahmequellen durch die Syntaxeis im Wesentlichen als ineffektiv erwiesen hatten (378–338 v. Chr.), musste die Flotte zwangsläufig und primär durch interne Ressourcen in Form von Liturgien Wohlhabender finanziert werden. Gerade im Liturgiensystem, welches das Finanzkapital der Vermögenden auf öffentliche Belange hin bündelte und ausrichtete, kam es zu einer ambivalenten Überschneidung privater und staatlicher Interessen. Die Möglichkeit persönlicher Bereicherung schuf neue Motivation, sich für die Polis zu engagieren. Denn nur ein Teil der eingenommenen Gelder finanzierte Flottenaktivitäten; der Rest floss in private Taschen. Das Ergebnis war ein gänzlich neuer Charakter der Flotte im 4. Jahrhundert. Eine deutliche Erweiterung der Flotte ist ab 378 v. Chr. belegt, damit einhergehend ein Ausbau des Piräus. Sogar sakrale Räume wurden für die Lagerung der Ausstattung der Schiffe genutzt. Insgesamt konnte die Flotte die Macht des 5. Jahrhunderts um 350 v. Chr. wiedererlangen, jedoch eingeschränkt durch grundsätzliche Mängel bei der Rekrutierung von Arbeitskräften und der Bereitstellung der Schiffsausrüstung. Zwischen dem Staat und den Trierarchen kam es nun zu einer Aufgabenteilung: Grundsätzlich wurden die durch die Trierarchie erwirtschafteten Einnahmen als staatliche betrachtet. Die Rekrutierung von Arbeitskräften und Schiffsbesatzungen fiel aber sowohl in den Zuständigkeitsbereich des Staates als auch den der Trierarchen. Trotzdem konnte die Wehrpflicht nicht genügend Männer für die Flotte zur Verfügung stellen, so dass der Trierarch zu privaten Anwerbungen auf dem freien Arbeitsmarkt gezwungen war. Damit fungierte er als selbständiger Arbeitgeber auf dem Markt. Und da professionelle Ruderer bevorzugt angeheuert wurden, spielten arme athenische Bürger in den Einsätzen eine eher untergeordnete Rolle.

Die Ausstattung der Schiffe war öffentliches Eigentum, theoretisch waren die Trierarchen also dazu verpflichtet, die Ausrüstung nach Ablauf ihres Dienstes an den Nachfolger zu übergeben. Dies geschah jedoch keineswegs regelhaft; vielmehr behielten die Trierarchen einen Großteil der Ausrüstung für sich, zahlten dafür lieber eine gewisse Ablösesumme an den Staat und wurden damit die faktischen Eigentümer von Schiffsausrüstung. Hintergrund für dieses Investment war offenbar der Wunsch der Trierarchen nach einer Befreiung von öffentlicher Kontrolle. Damit verwandelten sie allmählich die im Grunde staatliche Flotte in eine Art Privatbesitz; Folge war eine gewisse Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols auf See. Die der Ideologie nach dem öffentlichen Wohle verpflichteten Liturgen entwickelten sich also in private Gewaltunternehmer, die durchaus auch um der persönlichen Bereicherung willen im Rahmen von Kaperfahrten plünderten. Der Steuerstaat griff nicht ein, im Gegenteil waren die so erwirtschafteten „Gewinne“ eine willkommene Einkommensquelle, die über Steuern und Liturgien z. T. wieder an die Öffentlichkeit zurückflossen. Das

Gewinnstreben der Trierarchen kam daher nicht in Konflikt mit dem Flottensystem oder gar dem Staat, sondern war gänzlich in die sozialpolitischen Strukturen der Polis eingebunden. Die Trierarchen, die Angehörigen der sogenannten „creative class“, wie Gabrielsen sie nennt, leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Demokratie, indem sie die Flottenausrüstung überhaupt erst ermöglichten und über halbprivate Gewaltunternehmungen die Wirtschaft ankurbelten.

Gewisse Oligarchisierungsprozesse wurden also auch im System der Flotte bzw. durch das Finanzierungswesen der Flotte in Gang gebracht. Die ehrenwerten Steuerzahler, die „creative class“, wollten also im Prinzip wieder individuelle Aristokraten („warriors“) sein und nutzten das System auch zur Selbstbereicherung und Selbstermächtigung. Genau hier knüpft Claudia Tiersch an. Sie fragt in ihrem Beitrag (*Lobbygruppen in der athenischen Demokratie? Sozialprestige und politische Einflussnahme im Athen des 4. Jhs. v. Chr.*), wie die in den *symmoriai* organisierten wohlhabenden Bürger zu ihrem eigenen Nutzen arbeiteten und ob ihre politische Einflussnahme, ihr Lobbying, auf die athenische Politik nachweisbar ist. Trotz der grundsätzlichen Trennung des politischen vom sozialen Feld kam den wirtschaftlichen Eliten auch im 4. Jahrhundert faktisch ein politischer Vorrang zu, denn auch nach dem Peloponnesischen Krieg rührte Sozialprestige im Wesentlichen auch von Reichtum her, der oftmals die Voraussetzung für eine politische Tätigkeit bildete. Und Armut wurde nach wie vor stigmatisiert. Zwei Trends lassen sich beobachten, die in einen Zusammenhang gebracht werden können: Die Kriegsfinanzierung fußte vermehrt auf der Mobilisierung interner Ressourcen, d. h. privaten Kapitals, bei gleichzeitig abnehmender Kriegseignung, v. a. nach dem desaströsen Ende des Bundesgenossenkriegs. Schon zu Beginn des Jahrhunderts lässt sich die Neubelebung von Vereinen und Verbänden Wohlhabender beobachten. Zu prüfen bleibt, ob und in welchem Maße diese Interessensgruppen politische Aktivitäten entfalteten und ob gar von einer Dominanz politischer Lobbygruppen auszugehen ist. Um diese Frage zu beantworten, untersucht der Aufsatz die Art der Vernetzung der Vereinsmitglieder, ihre Durchsetzungskraft, soweit in unseren Quellen erkennbar, sowie Versuche des athenischen Staates, diese Einflussnahme von Seiten Reicher zu beschränken. Die Zunahme von Vereinen im 4. Jahrhundert lässt sich gut begründen: Vereine galten von jeher als Teil der Sozialität öffentlichen Lebens in Griechenland. Angesichts der neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten (aber auch der Notwendigkeit, Risiken gemeinsam abzusichern) erschien eine Vernetzung potenter Geldgeber sinnvoll. Leistung und Expertise, die in den Vereinen geballt war, waren für die Demokratie attraktiv, wenn nicht gar unverzichtbar, besonders in Krisenzeiten, so dass die Mitwirkung der Vereine an der politischen Willensbildung eher als bereichernd empfunden wurde. V. a. nach der Niederlage im Bundesgenossenkrieg gelangten einzelne Politiker und Geschäftsleute, allen voran Kaufleute und Bergbauunternehmer, zu mehr Geltung. Die Gründe hierfür liegen u. a. in der Förderung des Seehandels und des Silberbergbaus als wichtige Einnahmequellen für Athen. Da interne Erwerbsmöglichkeiten also risikofrei waren (die Kriegsführung bis 355 v. Chr.

hatte im Wesentlichen ein Verlustgeschäft für Unternehmer dargestellt), trat Krieg als Mittel der Bereicherung zurück. Dahinter mögen handfeste Interessen der Unternehmer gestanden haben. Andererseits darf der Einfluss der Korporationen auch nicht überschätzt werden: Schon am Ende des 5. Jahrhunderts ist eine breite gesellschaftliche Ablehnung von aristokratischen Freundschaftsbündnissen greifbar, die sich gerade nach den oligarchischen Putschversuchen verstärkt hatte. Verschiedene Gesetze waren bestrebt, das Problem der Korruption in den Griff zu bekommen. Und unter den Initiatoren von Volksbeschlüssen des 4. Jahrhunderts finden sich beileibe nicht nur Wohlhabende, sondern auch viele Bürger aus einem nicht-elitären Kreis. Und eine weitere Feststellung ist wichtig: Politische Interessen und Standpunkte waren unabhängig vom Vermögensstand, eine Fronstellung Arm gegen Reich ist also nicht erkennbar. Insbesondere um den außenpolitischen Kurs wurde stets gerungen; er wurde von einer Mehrheit der Bürger beschlossen, so dass einzelne Interessensgruppen nur relativ begrenzte Einflussmöglichkeiten hatten. Das Fazit muss dementsprechend ambivalent ausfallen: Eine zunehmende Bedeutung von wohlhabenden Lobbygruppen und Vereinen lässt sich im 4. Jahrhundert durchaus beobachten. Jedoch blieb der private Reichtum gesellschaftlich eingebunden, während gleichzeitig am Primat des Öffentlichkeitscharakters von Politik festgehalten wurde, an der alle männlichen Bürger teilhatten. Von einem Verfall der Demokratie oder ihrer weitgehenden Lenkung durch Lobbygruppen kann also keine Rede sein.

Gerade die Oberschichten, die in den beiden vorherigen Beiträgen behandelt werden, waren Gerüchten ausgesetzt und kämpften auch durch die gezielte Streuung von Gerüchten gegeneinander. Klatsch als Kampfmittel funktioniert in den Gesellschaften gut, in denen der Ehre, gr. *time*, eine besondere Wichtigkeit zukommt. Christian Mann untersucht in seinem Beitrag (*Politik und PHEME – Zur (Dys)funktionalität von Klatsch in der athenischen Demokratie*) die Bedeutung der *pheme* (des Gerüchts) für die athenische Demokratie und somit die Frage, ob erstere in der politischen Ordnung der Polis einen funktionalen oder dysfunktionalen Effekt hatte. Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die Auseinandersetzung zwischen Aischines und Demosthenes, die den Klatsch jeweils anders kontextualisieren. Aus Mangel an Beweisen gegen Timarchos hebt Aischines die Wahrhaftigkeit der *pheme* hervor, woraufhin Demosthenes dieses Argument gegen Aischines richtet, der sich damit selbst schuldig spreche. Der so Angegriffene kontert, indem er zwischen einer positiven *pheme*, die der Allgemeinheit diene, und der *sukophantia*, die nur die Interessen Einzelner verfolge, unterscheidet. Ob nun aber ein Gerücht der Allgemeinheit oder dem Individuum nützt, entscheidet allein die Perspektive des jeweiligen Redners. Mann sieht die Funktion des Klatsches in der Stärkung der sozialen Normen, indem er die Gruppe diszipliniert und damit normativ homogenisiert. Deviantes Verhalten wird durch Ausgrenzung bestraft. Schon Platon sah diese Funktion und erkannte in ihr eine wichtige Entlastung des Gesetzgebers. Die Macht der *pheme* äußert sich darin, dass sie gerade keinen Urheber kennt und sich in den öffentlichen Räumen der Stadt schnell verbreitet. Von dort

gelangte sie in die politischen Institutionen und konnte bei Entscheidungen durchaus wirkmächtig werden. Zu differenzieren ist jedoch zwischen einfachen, d. h. nicht politisch tätigen Bürgern, die nur dem Gerede in der Nachbarschaft ausgesetzt waren, und den Prominenten der Polis, die unter Dauerbeobachtung und damit permanent hohem öffentlichen Kontrolldruck standen.⁶ Unterschiede zwischen dem 5. und 4. Jahrhundert lassen sich in dieser Hinsicht nicht ausmachen; es gibt auch keinen Beleg dafür, dass die individuelle Freiheit der Athener im 4. Jahrhundert als eingeschränkt perzipiert wurde. Insgesamt muss der Befund demnach zwiespältig ausfallen: Gerüchte konnten positiv wie negativ instrumentalisiert werden und somit sowohl konfliktlösend als auch konfliktbefuernd wirken. Aber während die *pheme* für die moderne Geschichtswissenschaft das Problem der „Wahrheitsfindung“ in den Gerichtsreden aufwirft, entfaltete sie in den Händen des antiken Demos eine große Wirkungsmacht, indem der Masse in den Gerichtsprozessen das höchst fluide Entscheidungskriterium „Gerücht“ zugestanden wurde. Letztlich stärkte die *pheme* also die Herrschaft des Volkes und stabilisierte somit die Demokratie auch in Krisenzeiten.

Rufschädigend wirken Gerüchte dann, wenn ein Mensch sich in seiner Ehre verletzt fühlt. Die Griechen kannten dafür den schillernden Begriff der *time*. Aber was war ehrenhaft? Wie wurde Ehre vergeben, an wen, von wem, und warum und wie wurden Ehren finanziert und öffentlich bekannt gemacht? Stephen Lambert macht in seinem Beitrag (*The Democratization of Honour in Late Classical Athens: An Epigraphical Perspective*) anhand der epigraphischen Evidenz einen Demokratisierungsprozess in der Verleihung von Ehren aus, der von 408/7 v. Chr. bis zum Ende der Demokratie 322 v. Chr. reicht. Vor 411 v. Chr. wurden anscheinend keine Ehrungen an einzelne Amtsträger zur Würdigung ihrer ausgeübten Funktion verliehen. Dies änderte sich mit der Wiederherstellung der Demokratie nach dem oligarchischen Staatstreich von 411 v. Chr. Drei Stufen hin zu einer immer egalitäreren Praxis von Ehrbezeugungen lassen sich unterscheiden: Im Jahre 408/7 wird die Prytanie Erechtheis, also alle ihre Mitglieder, in einem Wettbewerb um die beste Prytanie des Jahres, d. h. wohl für die demokratiekonformste Amtsführung, geehrt. Der Zeitpunkt ist wahrscheinlich kein Zufall. Der *misthos* war nach dem Putsch abgeschafft worden, v. a. aber wurde ein Kontrapunkt zum oligarchischen Rat der Vierhundert gesetzt. Das Lob der Leistungen für die Demokratie sollte für die nachfolgenden Prytanien motivierend wirken. Auf dieser Inschrift finden sich noch nicht die typischen Ehrungsformeln; die Prytanie als Ganzes wird geehrt, nur diejenigen werden namentlich genannt, die zur Ehrung finanziell beisteuern konnten. Ein weiterer Schritt hin zur Egalisierung der Ehrungen findet sich dann 357/6 v. Chr. mit der Einführung neuer Formeln in drei Inschriften. Volk und/oder Rat bekränzen entweder den gesamten Rat oder bestimmte Magistrate. Ab jetzt

6 Vgl. Riess 2017 zur „Treibhausatmosphäre“, der sich die temporären funktionalen Eliten besonders des 4. Jhs. ausgesetzt sahen.

erscheinen die Formeln regelmäßig auf Ehreninschriften. Die Einführung der neuen Formeln mag mit der Finanzierungsart der Ehrungen zusammenhängen. Wahrscheinlich werden schon jetzt die Kosten vom Staat übernommen, ein wesentlicher Schritt hin zur Demokratisierung solcher Ehrungen. Selbst Amtsträger, welche die *euthunai* bestanden hatten, konnten nun aus öffentlichen Mitteln geehrt werden. Weitere Veränderungen erfolgten um 350–340 v. Chr. In Dekreten des Rates wie der Volksversammlung werden die Texte der Ehrendekrete für Amtsträger nun vollständig ausgeschrieben. Besonders die *philotimia*, das Streben nach Ehre, wird als Tugend explizit hervorgehoben. Die Formeln sind als hortativ zu verstehen. Indem andere Bürger zu so vorbildhaftem Verhalten angeregt werden sollen, werden die Ehrungen der Individuen den Interessen der Polis dienstbar gemacht. Der Einsatz für Athen wird also betont, was nicht verwunderlich ist, bedenkt man, dass sich Athen zu jener Zeit schon in einem Systemkonflikt mit Makedonien befand. Entscheidend ist, dass es sich sowohl bei den Geehrten als auch bei den Initiatoren der Ehrungen überwiegend um einfache Bürger handelt. Wenn Wohlhabende geehrt werden, spielt der Reichtum in den Texten keine Rolle. Offenbar wurde streng auf die Vermeidung von Elitismus geachtet. Kritische Stimmen wurden bei einigen Rednern laut: Wenn jeder einfache Mann selbst für die Ausübung eines untergeordneten Jahresamtes geehrt wurde, kam es zu einer Inflation und damit zu einer gewissen Entwertung dieser Ehrungen. Andererseits hatte die Demokratisierung hier ihren unbestreitbaren Höhe- und auch Endpunkt erreicht. Alle Magistrate, auch diejenigen, die nicht aus elitären Kreisen stammten, wurden auf öffentliche Kosten für die Erfüllung ihrer Amtspflichten geehrt (und nicht etwa für die Ausgabe ihres persönlichen Vermögens). In diesem Sinne führte die Bürgerschaft ihr Ideal von politischer Gleichheit und Demokratie so nah an die Realität heran, dass diese Politik der Ehrungen durchaus zur Funktionalität des Systems beitrug.

Ehrungen demokratisierten sich also im 4. Jahrhundert. Veränderungen im Rechtssystem schmälerten denn auch nicht die Demokratie, sondern machten sie effizienter in schwierigen Zeiten. Die Maßnahmen, die Adele Scafuro in ihrem Beitrag ausmacht (*Law and Politics in the Fourth Century: The Evolution of Public [aka "Criminal"] Justice*), zielten auf die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Rechtsstaatlichkeit, die Gerechtigkeit im Allgemeinen sowie auf das Gemeinwohl. Drei wichtige Veränderungen können in Eisangelie-Verfahren ausgemacht werden: Ab 361 fungiert nicht mehr die Volksversammlung als Gerichtsort, sondern die Gerichte (*dikasteria*). Diese Verlagerung hat nicht nur ökonomische Gründe – der Richtersold kam die Polis günstiger als die Diäten, die an die Teilnehmer der Volksversammlung ausgezahlt werden mussten –, sondern auch zeitliche. Vor allem Prozesse gegen Trierarchen waren kompliziert und erforderten viel Aufmerksamkeit, so dass die Ekklesia diese aufwändigen Fälle aufgrund der Fülle der von ihr zu bewältigenden Aufgaben oft an die Dikasterien delegierte. Eine weitere Veränderung betraf die zuständigen Organe: Wenn nach einer Frist von 30 Tagen noch immer keine *katagnosis* von Seiten des Rates vorlag, wurde der Eisangelie-Fall an die Elf männer übertragen (Gesetz des Timokrates). Auch diese

Maßnahme stellt wohl einen Prozess der Beschleunigung dar, der durchaus im Zusammenhang mit der ersten Maßnahme gesehen werden kann. Offenbar war die Boule so überlastet, dass sie sich oft nicht innerhalb eines Monats zu einem Fall äußern konnte. Scafuro erweitert diese Argumentation und sieht Belege dafür, dass Hansens gemeinhin akzeptierte Ansicht von einer Teilung der Eisangelie zwischen Volksversammlung und Boule (mit einer häufigeren Initiierung der Prozesse in der Ekklesia) nicht richtig sein kann. Und schließlich war die Initiierung einer Eisangelie-Klage nicht mehr risikofrei, sondern wurde mit derselben Klausel wie alle andere *graphai* belegt (eine Veränderung, die Scafuro jetzt auf ca. 350 oder in die frühen 340er Jahre datiert): Wenn der Ankläger weniger als ein Fünftel der Stimmen zugesprochen kam, musste er eine Geldstrafe von 1.000 Drachmen entrichten. Mit dieser Maßnahme wollte man verhindern, dass weniger gravierende Verstöße gegen die Rechtsordnung mit einer Eisangelie verfolgt wurden, was den Justizapparat zu sehr in Anspruch nahm. All diese Neuerungen machten Athen nicht mehr oder weniger demokratisch, aber fungierten durchaus als Schutzschirm für eine Verfassungsordnung, die um die Mitte des 4. Jahrhunderts in eine angespannte Lage geraten war.

Daneben macht Scafuro eine steigende Zahl von Anklagen gegen Strategen um die Jahrhundertmitte aus. Dazu gehören auch Klagen in Form von *graphai paranomon* gegen Anträge auf Ehrendekrete für Generäle, um diese zu demütigen. Generäle kooperierten nun öfter mit Politikern, um Gegner wirksamer angreifen zu können, um also insgesamt nicht nur im scharfen politischen Wettkampf um Spitzenpositionen und Ehrungen erfolgreich bestehen zu können, sondern auch, um beim Demos beliebte, aber ihrer Ansicht nach inakzeptable und nachteilige politische Vorhaben abwehren zu können. Gründe für die Dichte der Strafverfolgungen in den 350er Jahren mögen in den zahlreichen Niederlagen Athens vor und während des Bundesgenossenkriegs sowie im verschärften Elitenwettbewerb zu suchen sein, der gerade durch die Zusammenarbeit zwischen Generälen und Politikern mit dem Ziel der Schädigung von Kontrahenten eine neue Dynamik erhielt. Nach der Jahrhundertmitte sinkt die Zahl der Verfolgung von Strategen merklich. Insbesondere die Niederlage von Chaironeia (338 v. Chr.) mag hier nachgewirkt haben, aber auch die Neuregelung der Eisangelie, die eine Anklage nicht mehr ganz risikofrei erscheinen ließ. Zudem wurde in Form der *apophasis* auch dem Areopag eine Investigativkompetenz zugestanden, welche die anderen Staatsorgane entlastete. Stellt man also die Neuerungen im Justizwesen, die auf den ersten Blick (und fälschlicherweise) als kleinere Hinzufügungen erscheinen, in den größeren politischen und historischen Zusammenhang, so lassen sich ihre Hintergründe durchaus ausleuchten: Infolge von Krisen wurde das Rechtssystem mit Schutzmaßnahmen versehen, insbesondere um Überlastungen zu vermeiden oder abzubauen. Diese Änderungen waren also nicht primär ökonomischer Natur, sondern direkte Reaktionen auf zeitbedingte Notwendigkeiten, wie etwa die rechtzeitige Durchführung von Untersuchungen von Fällen oder sogar die Reduzierung einer offenbar ausufernden Anklageflut gegen hochrangige Politiker und Generäle. Auch diese

„kleineren“ Maßnahmen im Justizwesen können also für uns Indikatoren für politische Probleme sein. In der komplizierten Maschinerie des athenischen Rechtssystems trugen auch sie entscheidend zur Effizienz und damit zur Stabilität des Systems bei, indem sie ein ausgeklügeltes System von Checks und Balances stärkten.

Nachdem rechtliche Neuerungen und ihre Funktionen im 4. Jahrhundert behandelt wurden, wendet sich Karen Piepenbrink in ihrem Beitrag (*„Institutionen“ und „Verfahren“ in der Aristotelischen „Politik“ und ihr Verhältnis zum politischen Denken in der attischen Demokratie des vierten Jahrhunderts v. Chr.*) der Institutionengeschichte zu, indem sie die Behandlung von Institutionen und Verfahrensweisen in der *Politik* des Aristoteles mit den oftmals beiläufigen Kommentaren bei den Rednern vergleicht. Philosophen wie Redner thematisierten in ihren Werken die Demokratie, in der sie lebten, und kommentierten sie auf vielfältige Weise. Dabei müssen Parallelen wie Unterschiede zwischen Philosophie und Rhetorik noch sorgfältiger als bislang geschehen herausgearbeitet werden. Der Gemeinsamkeiten gibt es nicht viele und selbst bei diesen finden sich nicht unerhebliche Nuancen im Detail. Aristoteles und die Redner stellen keine Überlegungen zu Abstimmungsverfahren an, denn der Ersatz des Mehrheitsprinzips ist für beide undenkbar. Beide betonen die Rolle von Gesetzen für die gute Ordnung, doch während die Redner die Verfassung Athens als Nomokratie begreifen, lehnt Aristoteles diesen Begriff für die athenische Polis ab. Beide begreifen die Polis als einen politischen Raum, den sie von der sozialen Handlungssphäre abgrenzen, wobei die Redner diese Gedankenfigur jedoch präzisieren: Sie geben Beispiele für die Voraussetzungen von Demokratie, wie etwa die Minderung sozialer Ungleichheiten mittels Institutionen. Und sie können sich eine gewisse Kompensation der Nachteile, die sozial schwächere Bürger in dieser Verfassungsform zu vergegenwärtigen haben, durch ein hohes Maß an Partizipation vorstellen.

Eine vergleichende Studie der aristotelischen Schrift mit den Rednern fördert jedoch mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zu Tage. Diese liegen erst einmal in den Intentionen, welche die Autoren mit ihren Schriften jeweils verfolgten. Aristoteles nimmt als Philosoph eine Beobachterperspektive ein und entwickelt aus ihr heraus Ideen zur effektiven Gestaltung von Polis. Bei den Rednern steht die Vortrefflichkeit der eigenen Ordnung ganz im Vordergrund. Der Fokus liegt auf der Macht des Demos und seiner Erwartungshaltung gegenüber erfolgreicher Politik. Während Aristoteles sich systematisch und umfassend mit den politischen Institutionen und ihrer Ordnung beschäftigt, finden sich hierzu bei den Rednern nur sporadische Bemerkungen. Aristoteles setzt sich kritisch mit dieser Ordnung auseinander, wobei er mit einem engen Institutionenbegriff operiert. Der soziale Zusammenhalt beruhe auf ethisch qualifizierten Einzelpersonen. Die Redner hingegen üben keine Kritik an der Ordnung per se, sondern konkret an den aktuellen Akteuren. Während Aristoteles innere Konflikte aufgrund unterschiedlicher Interessen und Vorstellungen in der Polis annimmt, gehen die Redner auf grundsätzliche Divergenzen nicht ein, sondern postulieren einen a priori gegebenen Konsens hinsichtlich der Demokratie. Auch bzgl. der